

Sicherheit für alle

Der neue Sicherheitspolitische Bericht liegt zur Vernehmlassung vor und zeigt die verschiedenen Aspekte auf, die heute in der Schweiz zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger beitragen, weist aber auch auf die neuen Bedrohungslagen hin.

Sicherheit für alle – dies wird mit Plakaten am Strassenrand gefordert. Nur mit Schlagworten allein, kann dies nicht gewährleistet werden. Sicherheit ist für uns alle wichtig. Um dies sicherzustellen, muss der Staat oder die Öffentlichkeit möglichst viel unternehmen, damit diese Sicherheit für uns alle gewährleistet werden kann. Dies ist aber mit einem finanziellen Aufwand verbunden und in der Zeit der vielen Sparprogramme, ganz besonders bei den Kantonen, werden schnell ein paar Stellen bei der Polizei gestrichen. Fazit: Sparen auf Kosten der Sicherheit?

Als Erstes und für die meisten Bürger sichtbar, ist die Polizei für die Sicherheit zuständig ist. Diskutiert man über die Sicherheit auf Bundesebene wird einem bewusst, dass es viele ganz unterschiedliche Sicherheitsorgane gibt. Von der Armee, über den Nachrichtendienst, die Bundespolizei, das Grenzwachkorps bis hin zur Transportpolizei und dem Bevölkerungsschutz.

Diese vielfältigen Sicherheitsaufgaben gilt es zu koordinieren. Der Bund organisiert dies in Zusammenarbeit mit den Kantonen, meistens in Ausschüssen. Auch da sind die Aufgaben vielfältig und gehen von Beobachtung der Sicherheitslage, über Terrorüberwachung bis hin zu Koordination bei Katastropheneinsätzen.

Die heutigen Bedrohungslagen haben sich gegenüber früher sehr geändert. Neben dem Terrorismus, der heute weltweit fast täglich irgendwo Opfer fordert, gehört auch die Cyberkriminalität zu den wichtigen Bedrohungen, wo wir alle, aber ganz besonders unsere Wirtschaft, sich schützen müssen. Der Bund hat dazu eine Cyber-Strategie veröffentlicht, die er jetzt umsetzt. Dass dies nicht so einfach ist, zeigt, dass auch die Verwaltung und bundesnahe Betriebe sehr verletzlich sind und immer wieder Hackerangriffen ausgesetzt sind.

Was heisst dies nun für die Wirtschaft? Grosse Betriebe haben zum Teil sehr gute Sicherheitsprogramme, wenn es um Cyber Defense geht. Sie haben ausgebildetes Personal, das sich mit möglichen Gefahren für Ihre Unternehmung und den dazu gehörenden Sicherheitsvorkehrungen auseinandersetzt. Ein grosses Unternehmen kann durch einen gezielten Cyberangriff schnell für mehrere Stunden oder Tage lahmgelegt werden, die Produktion wird verhindert, die Logistik funktioniert nicht mehr, schlimmstenfalls sind dann die Endnutzer betroffen. Als Beispiel wird immer wieder ein Stromausfall genannt. Solche Szenarien werden in Zusammenarbeit mit dem Bund und den Sicherheitsorganen des Bundes geübt und mögliche Sicherheitsvorkehrungen werden dort ausgearbeitet.

Was aber, wenn ein KMU einem Cyberangriff ausgesetzt ist? Viele KMUs haben selber keine eigene Sicherheitsabteilung oder keine Person, die sich firmenintern mit der IT auseinandersetzt, sondern sie arbeiten mit einem externen IT-Betreuer. Die finanziellen Mittel fehlen, um Sicherheitsprogramme zu installieren oder diese werden zu wenig gezielt gegen Cyber Kriminalität eingesetzt. Und darum ist es nicht erstaunlich, dass in der Schweiz, ganz besonders bei KMUs, jährlich zwischen 200 Millionen bis 7 Mrd. Franken Schaden durch Hackerangriffe entstehen. Die genauen Zahlen fehlen, da keine Meldepflicht besteht, wann und wo ein Cyber Angriff stattgefunden hat und Betroffene, dies nicht kommunizieren wollen.

Der Bund hat eine Melde- und Analysestelle für Informationssicherheit (MELANI). Diese war zuerst nur für grosse Firmen zuständig, liefert heute aber auf ihrer Website Informationen und Erkenntnisse auch für KMUs. Zugang zu diesen Informationen muss sich jede Firma selber beschaffen, Prävention

und die Sensibilisierung, wie man mit dem Problem von Cyber Kriminalität umgeht ebenfalls. Die Auseinandersetzung mit diesen Gefahren lohnt sich aber für jedes Unternehmen, ganz besonders auch für kleine KMUs. Denn Cyberkriminalität kennt keine Grenzen.

Sicherheit für alle – genau dies fordern wir alle für uns und unser Umfeld. Um dies zu gewährleisten, braucht es nicht nur die Sicherheitsorgane des Staates. Es braucht auch Eigenverantwortung und das Wissen, dass es heute Bedrohungen gibt, die alle verletzen und schädigen können; Unternehmungen, KMUs bis hin zum Privatbereich jedes Einzelnen.

Ida Glanzmann-Hunkeler (Die Luzerner CVP-Nationalrätin ist seit 9 Jahren im Parlament und seit Beginn in der Sicherheitspolitischen und in der Geschäftsprüfungs-Kommission. Sie ist Präsidentin der LU Couture AG, einem Lernbetrieb für Bekleidungsgestalterinnen und Präsidentin der Pro Senectute des Kantons Luzern).